

Landesjugendring M-V gegen Rechtspopulismus

Die letzten Ergebnisse der Landtagswahlen und Kommunalwahlen in Deutschland machen deutlich: immer mehr Menschen wählen Rechtspopulist_innen. Rechtspopulismus geht von starken Vereinfachungen aus. Ein homogenes „Wir“ grenzt sich von dem „Anderen“ und dem „Fremden“ ab. Dabei werden für komplexe Sachverhalte vereinfachte Lösungen gesucht, die zumeist auf Menschenfeindlichkeit basieren.

Rechtspopulist_innen agieren so, als seien sie die „Stimme des Volkes“, die sich gegen herrschende Eliten ausspricht. In ihren rechtspopulistischen Strukturen und darüber hinaus werten sie Menschen sowie das Recht auf ihre freie Entfaltung ab.

Als junge Menschen und ihre Jugendverbände sind wir vielfältig. Wir wissen, dass Menschen unterschiedliche Geschichten, Bedürfnisse, Vorlieben, Interessen und Religionen haben. Hierdurch ist kein Mensch mehr oder weniger wert als ein anderer.

Wir erkennen die gesellschaftlichen Herausforderungen an und lehnen vereinfachte Lösungen ab. Wir wollen eine Politik, die sich für eine Gesellschaft einsetzt, in der alle gut leben können, und setzen uns für uns und andere ein.

Als Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern bieten wir Rechtspopulist_innen keine Bühne. Die Grundlage für ihre Politik ist antidemokratisch, antieuropäisch, rückwärtsgewandt und menschenfeindlich. Dies widerspricht unseren Grundsätzen und Überzeugungen als Jugendverbände.

Wir nehmen die Positionen der Rechtspopulist_innen ernst und begründen, warum diese herausgerissen aus der Komplexität absurd und in ihren Vereinfachungen nicht korrekt sind. Wir klären junge Menschen und ihre Organisationen über rechtspopulistische Positionen, Strategien und Ideologien auf.

Der Landesjugendring M-V lädt keine rechtspopulistischen und -extremen Politiker_innen zu seinen Veranstaltungen ein. Darüber hinaus werden wir mit Parteien und ihren parteinahen Organisationen und Initiativen, die rechtspopulistische Positionen vertreten, wie zum Beispiel der Alternativen für Deutschland (AfD) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), nicht zusammenarbeiten.

(Beschlossen durch den Hauptausschuss am 28. 11. 2016 in Güstrow)